

Hohenstein-Ernstthal-er Tageblatt

Amtsblatt



Anzeiger

Das Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.
Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Hohenstein-Ernstthal mit Gättengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Bernsdorf, Bernsdorf, Rilsdorf, Langenberg, Weinsdorf, Falken, Reichenbach, Langenschürsdorf, Callenberg, Grumbach, Tirschheim, Ruchsnappel, St. Egidien, Wilfenbrand, Gröna, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleiße und Ruchsdorf.

Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis frei ins Haus vierteljährlich 14,25 Mk., monatlich 4,75 Mk. Durch die Post bei Abholung auf dem Postamt vierteljährlich 14,25 Mk., monatlich 4,75 Mk., frei ins Haus vierteljährlich 16,15 Mk., monatlich 5,05 Mk. Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. Geschäftsstelle: Schulstraße Nr. 31. Briefe und Telegramme an das Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal.

Fernsprecher Nr. 11.
Bankkonto: Chemnitzer Bankverein, Chemnitz.
Postfach-Konto: Leipzig 22464.

Der Anzeigenpreis beträgt in den obengenannten Orten für die sechs-spaltige Korpusgröße 75 Pfg., auswärts 75 Pfg., im Reklamefeld 2,00 Pfg. Bei mehrmaligem Abdruck tarifmäßige Nachlässe. Anzeigenaufgabe durch Fernsprecher schließt jedes Besondere aus. Bei zwangsweiser Eintreibung der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfall gelangt der volle Betrag unter Wegfall der bei sofortiger Bezahlung bewilligten Abzüge in Anrechnung.

Nr. 180

Donnerstag, 5. August 1920

70. Jahrgang

Deutscher Reichstag

Berlin, 4. August.

Die dritte Lesung des Haushalts wird fortgesetzt.

Beim Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums unterstützt Abg. Oberjöhren (Deutsch-natl.) eine Entschleunigung zugunsten der statt notleidenden Rentner und Pensionäre, denen eventuell Beihilfen zu gewähren seien.

Der Vorschlag findet einstimmige Annahme. Beim Haushalt des Arbeitsministeriums berührt Arbeitsminister Braun eine heutige Pressenotiz, wonach im Ministerium Beamte angestellt seien, für welche Kurse in Diktat und Kopieren stattfinden müssen. Es handelt sich um Kriegsbeschädigte und Militärärzte, die schon vor der Revolution bei den Versorgungsbehörden arbeiteten und mit diesen Behörden übernommen wurden. Es finden für diese Beamten besondere fachliche Vorbildungsstufen statt.

Beim Reichswehrministerium fordert Abg. Frau Zieh (Unabh.) bessere Fürsorge für die Kriegsbeschädigten.

Abg. Fries (Unabh.) fordert die Beseitigung der Seelorge beim Heere. Die Soldaten hätten während des Krieges das offizielle Christentum verlassen.

Abg. v. Gallwitz (Deutschnatl.) erhebt Einspruch dagegen, daß die Militärgeistlichen, denen das Heer ungemünzt viel zu danken habe, heruntergerufen werden.

Abg. Dr. Schreiber (Ztr.): Die Militärseelorge hat bisher in Zeichen der edelsten Humanität gestanden und soll darin auch für die Zukunft stehen.

Abg. Kroll (Dem.) hält es für erwiesen, daß die Geistlichen im Heere ihre volle Schuldigkeit getan haben.

Abg. Everling (Deutsche Volksp.): Das deutsche Heer ist die gewaltigste Organisation gewesen, welche die Welt gekannt hat. Ein Volk hat die Pflicht, sich zu behaupten, und darum muß es wehrhaft sein. Hätten 1914 die sozialdemokratischen Führer gewagt, sich dem Kriege entgegenzustellen, sie wären von den Volkstimmen hinweggeblasen worden. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir alle nicht mehr sind, dann wird man noch singen und sagen von allem, was Hindenburg und das deutsche Heer getan haben. (Großer Beifall rechts, Lärm des Abg. Ledebour und anderer Unabhängiger.)

Abg. Dr. Mumm (Deutschnatl.): Am 4. August 1914, heute vor 6 Jahren, war es der Abg. Haase, der als Führer Ihrer Fraktion die Bewilligung der Kriegskredite aussprach. (Hört, hört! rechts.) Auch bei Ihnen herrschte damals noch der Geist, der den alten Bebel befeuerte, der da sagte, wenn das Vaterland in Not sei, würde er auch das Gewehr auf die Schulter nehmen. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Herr Hoffmann hat am allerwenigsten Anlaß, hier seine Angriffe anzubringen, da er, der ehemalige Kultusminister, für Preußen eine unauslöschliche Kulturschmach gewesen ist (Rüge des Präsidenten) und sich dabei sehr gut auf seinen eigenen finanziellen Vorteil verstanden hat.

Abg. Andree (Ztr.): Sie stellen den Kapitalismus als den Feind der Arbeiter hin, und dann kommt Kaustiz und beweist Ihnen haarscharf, daß die Arbeiter unter den jetzigen Verhältnissen besser mit dem Kapitalismus als mit dem Sozialismus fahren. (Hört, hört!)

Abg. Hoffmann (Unabh.) verwahrt sich, nachdem fast alle Mitglieder der bürgerlichen Parteien den Saal verlassen haben, vor dem nahezu leeren Hause gegen die Vorwürfe des Abgeordneten Mumm, den er einen elenden Verleumder nennt. (Rüge des Präsidenten.)

Beim Haushalt für Landwirtschaft und Ernährungswesen spricht Abg. Dr. Moses (Unabh.) über die Folgen der Unterernährung. Es müsse alles geschehen, um eine starke Zufuhr von Milch, Fetten und Eiweiß durchzusetzen.

Beim Haushalt für Post und Telegraphie spricht Frau Zieh (Unabh.) die Entfernung von nichtbesitzenden Postbeamten aus Berlin, um sie durch unpolitische Leute vom Lande zu ersetzen.

Ein Regierungsvertreter erklärt, die Postverwaltung ziehe niemanden aus politischen Gründen nach Berlin.

Der Haushaltsrat wird endgültig bewilligt.

ebenfalls das Rahmengesetz (Staatsgesetz). Angenommen werden ferner die zugehörigen Entschleunigungen des Ausschusses, die aus den Beschlüssen des Reichslohntarifs für die Berufsarbeiter notwendig werdenden Mittel und entsprechenden Ausgleichszulagen für die Beamten auszu zahlen und die Folgerungen aus den Länderbesoldungsordnungen, soweit es angängig ist, auch für Reichsbeamte zu ziehen. Der Ausschuss läßt endlich an die Regierung das Ersuchen, mit den in Frage kommenden Ländern und Gemeinden eine Verständigung über den vom Reich zu tragenden Anteil an den Besoldungszulagen herbeizuführen, welche im besetzten Gebiet im Hinblick auf die damit bedachten Reichsbeamten nun auch den Landes- und Gemeindebeamten zugebilligt werden müssen.

Es folgt die Interpellation der Sozialdemokraten über die

Arbeitslosigkeit.

Verbunden damit wird die Beratung eines Antrages der Unabhängigen auf Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge.

Abg. Körten (Soz.) begründet die Interpellation. Sie lautet: Was bedeutet die Arbeitslosigkeit gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit zu tun, wie gedenkt sie insbesondere die jetzige Krise der Stilllegung von Betrieben zu verhindern und Arbeitsgelegenheit für die Arbeitslosen zu schaffen? Die Arbeitslosigkeit hat ihren Grund darin, daß das Inland keine Kaufkraft mehr hat und daß das Ausland nichts bei unserer Industrie bestellt. Eine Anrechnung der gewerkschaftlichen Erwerbslosenunterstützung auf die staatliche würde die Gewerkschaften zu schärfstem Kampfe herausfordern.

Reichsarbeitsminister Braun:

Die starke Arbeitslosigkeit ist ein Ausfluß unserer überaus schwierigen wirtschaftlichen Gesamtlage. Mit einer sehr langen Dauer der Krise braucht nicht unbedingt gerechnet zu werden, weil der Bedarf auf den meisten Gebieten immer noch viel größer ist als der Vorrat. Am Ausbau der Arbeitsvermittlung wird mit allen Kräften gearbeitet. Ein Reichsgesetz über Arbeitsnachweis ist im Entwurf fertig. In der Landwirtschaft bedürfen wir einer Verbesserung der Arbeitskräfte. Zur Beseitigung der Wohnungsnot, vor allem im Ruhrrevier, soll geschritten, was möglich ist. Die Zulassung ausländischer Arbeiter wird von der Zustimmung des Arbeitsnachweises abhängig gemacht. Ueberstunden sollen möglichst nur die unerfährlichen Arbeiterkategorien leisten. Mit Notstandsarbeiten wurden 1919 über 330 000 Arbeiter beschäftigt, was das Reich 470 Millionen Mark hergab. Ganz zu entbehren wird die Erwerbslosenfürsorge nicht sein, sie wird auch neben der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit notwendig bleiben. Wir werden zu dieser Versicherung möglichst bald zu kommen suchen. Das Reich und die Länder haben bisher an Arbeitslosenunterstützungen 1400 Millionen Mark ausgegeben. (Hört, hört! rechts.) Sehr richtig ist es, daß die Unterstützung künftig wegfallen muß, wenn ein Arbeitsloser eine nachgewiesene geeignete Arbeit nicht annimmt, und daß die Gewerkschaftsunterstützung in Anrechnung kommt. Nationales Pflichtgefühl erheischt Opfer der Privatwirtschaft für die Volkswirtschaft. Jeder Streit ist jetzt die Wurzel neuer Arbeitslosigkeit. Mit allseitigem guten Willen werden wir auch über die jetzige Krise hinwegkommen. (Beifall.)

Abg. Diezmann (Unabh.) begründet den Antrag seiner Partei. Hiernach soll die Arbeitslosenunterstützung auf das unter Mitwirkung der Gewerkschaft jeweils festzusetzende Existenzminimum erhöht und ohne Rücksicht auf die Dauer der Erwerbslosigkeit gezahlt werden. Die höchsten Sätze sollen rückwirkend bis zum 1. März 1920 gelten und für Männer und Frauen gleich sein. Ein Arbeitszwang soll nicht ausgedeutet werden. Entlassungen von Arbeitern und Angestellten, ferner die Stilllegung von Betrieben ist zu verhindern. Alle Maßnahmen, welche den produktiven Prozeß beeinflussen, sind der Kontrolle und dem Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften zu unterstellen. Die Ausarbeiter sollen nach ihrem Verdienst entsprechende Unterstützung erhalten.

Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr: Beratung der Interpellationen, vorher Entwaffnungsvorlage.

Die Lage im Osten

ist infolge der Verwickelung der Russen noch immer nicht geklärt. Die politische Regierung hat am Dienstag eine Rundgebung erlassen, in der es heißt:

Die politische Regierung hat im Laufe der Nacht von der nach Baranowitsch entsandten Delegation einen Funkpruch erhalten, wonach der Kommandant der Sowjetfront mitgeteilt habe, daß die Sowjetregierung gleichzeitig die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen verlangt und den 4. August zum Beginn der Verhandlungen in Wladiwostok vorgeschlagen habe. Gleichzeitig habe die Sowjetregierung die Entsendung einer neuen, mit entsprechendem Vollmachten versehenen Delegation gebittet, die auch zu Friedensverhandlungen vollmächtig wäre.

Es ist augenscheinlich, daß die Sowjetregierung die Waffenstillstandsverhandlungen in der Hoffnung auf die verspätete Hilfe unserer Bundesgenossen auf sich ziehen will. Das Datum des 4. August als Tag des Beginns der Friedensverhandlungen sei unmöglich, denn eine mit so weitgehenden Vollmachten versehene Delegation, wie sie die Sowjetregierung fordert, könnte mit ihren Vorbereitungen weder bis zu der geforderten Zeit fertig werden, noch bei Fehlen der Verkehrsverbindungen nach Wladiwostok gelangen. Uebrigens muß die Regierung vor Entsendung einer neuen Delegation den Bericht der vorherigen entgegennehmen. Eine genaue Verifizierung wird in dieser Angelegenheit noch erfolgen.

Arbeitslosigkeit in Warschau

„Echo de Paris“ veröffentlicht einen Brief aus Warschau, aus dem hervorgeht, daß das polnische Volk unter allen Umständen Frieden will. Das Heer hat seine Begeisterung verloren und verlangt dringend Wiederherstellung des Friedens. In dem Briefe werden schwere Vorwürfe gegen Pilsudski erhoben, der, um seine Macht zu behalten, bereit sei, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten.

In Soldau sind 2000 Flüchtlinge aus Warschau eingetroffen, die eine Gefahr für die deutsche Bevölkerung darstellen, da sie stark ruhrverpeust sind. Es besteht deshalb die Absicht, die Grenze bei Neidenburg zu sperren. Die alliierten Truppen sind jetzt alle nach Allenstein zurückgezogen. Der italienische Botschafter hat die deutsche Regierung gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß der Abrüstungsbericht der italienischen Truppen aus dem ostpreussischen Abstimmungsgebiet am 9. August erfolgt.

Der Vormarsch auf Warschau

nimmt, ungehindert durch die Verhandlungen in Baranowitsch, über die völlige Stillschweigen beruhen die Zwischenzeit zur Fortsetzung heftigen Anpralls gegen die Warschau-Front. Am Sonnabend und Sonntag wurde die polnische Verteidigungslinie zwischen der ostpreussischen Grenze und dem Narew bis zur Festung Ostrolenka zurückverlegt, doch scheint trotz der Verstärkung durch Freiwillige der Westteil der Narew-Linie am Sonnabend jedenfalls noch in polnischer Hand gewesen zu sein. Der stärkste Andrang ist gegenwärtig nicht hier, sondern am Bug bei der Sedletz-Bahn und bei Brest-Litowski. Am Sonntag wurde bereits um den Bugübergang beim Dniek schwer gekämpft. Gleichzeitig waren Kämpfe um die Festungswerke von Brest und auch schon in der Stadt selbst im Gange. Wie das Außenministerium mitteilt, suchte die polnische Regierung radiotelegraphisch um Zulassung von Zeitungskorrespondenten zu den Verhandlungen über den Waffenstillstand nach, doch gab die Sowjetregierung eine abschlägige Antwort.

Von polnischer militärischer Seite wird mitgeteilt, daß die polnische Heeresleitung einen Funkbefehl des roten Oberkommandos aufgefingene habe, der der Roten Armee das weitere Vorrücken bis zum 5. August und die Beseitigung der Gebiete bis zur Bug-San-Linie kategorisch anbeheißelt. Für die Nichterfüllung dieses Befehles sollen die russischen Heeresführer vor dem Revolutionstribunal zur Verantwortung gezogen werden.

Vorstehendes findet seine Bestätigung auch durch die folgenden Meldungen englischer und französischer Zeitungen, wonach laut „Echo de Paris“ die bolschewistische Nordarmee, die Masawa erreichte, ihren Vormarsch gegen die Weichsellinie fortsetze, sodaß die polnische Heeresleitung das gesamte Weichselgebiet als Kriegsgefahrzone erklärt hat.

Nach der „Daily Mail“ stehen die Vortruppen der Roten Armee noch knapp 45 Kilometer von den Außenposten der Festung Warschau entfernt. Am Sonntag sind zum erstenmal russische Flieger über dem Festungswerk erschienen, ohne jedoch Bomben abzuwerfen. Die Festungsbatterien traten in Tätigkeit.

Eine offizielle Mitteilung des Landesverteidigungsstaates in Warschau gibt zu, daß die erste polnische Armee nahezu aufgerieben wurde. Die polnischen Verluste werden auf 12 000 Tote, Verwundete und Gefangene beziffert. Schwere Verluste hat auch die vierte polnische Armee erlitten, die nahezu die Hälfte ihres Bestandes eingebüßt hat.

Diese Vorgänge erwecken natürlich in England lebhaftes Beorgnis, die ihren Niederschlag in den folgenden Sätzen finden:

Die letzten Tage sind — so schreibt man aus London vom 3. August — wiederum resultatlos verlaufen in bezug auf die Rettung Polens, da die Entente tatsächlich machtlos ist und praktische Mittel nicht besitzt oder anwenden kann, um die Lage Polens zu bessern. Lloyd George, dem die Ueberarbeitung der sonst übliche Energie genommen hat, ließ der polnischen Regierung mitteilen, alle Verhandlungen mit Sowjetrußland nur unter Teilnahme der Entente zu führen. Der russischen Delegation sandte Lloyd George eine Einladung, unverzüglich nach London zu kommen in der Annahme, daß dort mit der Besprechung der politischen Fragen begonnen werden kann, während man die Handelsfragen so lange aufschieben will. Es ist noch fraglich, ob die Russen darauf eingehen werden, denn in Warschau zeigt man durchaus keine Neigung, schnell mit den Polen zu Verhandlungen zu kommen. Im Gegenteil brauchen die Russen aufjagend viel Zeit, was auch von der russischen Delegation so gesagt ist. Jedenfalls wird diese nach dem Eintreffen in London erklären, daß sie zur Besprechung der Handelsfragen gekommen ist und nicht, um mit Polen Frieden zu schließen. Inzwischen wird Rußlands Verhältnis mit Polen immer gespannter und die Niederlage der Polen immer gründlicher, so daß die Verhandlungen für Polen nicht mehr viel zu fordern bleibt. Diese Ansicht vertreten alle englischen Diplomaten, die nicht verkennen, wie schlaue die Russen ihre Politik betreiben. Wenn es nicht gelingt, den russischen Plan zu vereiteln, der einen Gewaltfrieden mit Polen vorsieht, dann kann die Lage im Osten noch zu sehr ernsten Entwicklungen führen.

Im Widerspruch hierzu meldet das „Echo de Paris“ aus London, daß Lloyd George sich geweigert habe, die Sowjetvertreter Krassin und Ramezew zu empfangen, da sie im Waffenstillstand mit Polen abgeschlossenen Bedingungen in Kraft getreten sein müßten, bevor er mit beiden Bevollmächtigten verhandeln könne.

Russische Friedensbedingungen.

Vor seiner Abreise nach England hat nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ Volkskommissar Krassin dem Vertreter einer schwedischen Zeitung gegenüber geäußert, er beurteile die bevorstehenden Londoner Verhandlungen zuversichtlich. Eine unabwiesliche Bedingung des russisch-polnischen Friedensschlusses werde der freideutsche-russische Handel über Polen bilden. Gegen eine Erneuerung oder Verstärkung des polnischen Heeres werde Rußland sich bei den Waffenstillstandsverhandlungen sichern. Im vollen Heere befänden sich einige französische und ungarische Offiziere, die Anwesenheit deutscher müsse er abstreiten. Das wichtigste Ergebnis der bolschewistischen Kriegszeit sei fraglos die Eroberung der Wakufer Seelquellen.

Der Abbau der Zwangswirtschaft.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat am Dienstag unter Leitung des Ministers Dr. Heremag und in Gegen-

Landwirte.

Der Reichsanwalt der Deutschen Landwirtschaft ruft zur Beschleunigung des Ausdrucks und der Ablieferung des Brotgetreides auf.
Der Bezirksverband schlägt sich diesem Aufruf an. Nur durch schnelle und reichliche Ablieferung kann die stetige Notlage behoben und damit eine Verbesserung des Brotes erreicht werden.
Bezirksverband Glauchau, den 4. August 1920. Nr. 1410 Getr. A.
Greiherr v. Biele, Amtshauptmann.

Es sind eingegangen: Das 11. bis mit 14. Stück des Gesetz- und Verordnungsblattes, sowie vom Reichsgericht die Nummern 130 bis mit 134. Diese Gesetzblätter liegen 14 Tage lang im Rathaus - Zimmer 9 - aus. Ein Inhaltsverzeichnis ist im Geschäftsbüro des Rathauses angeschlagen.
Hohenstein-Ernstthal, am 3. August 1920. Der Stadtrat.

1. Obwohl in der Bekanntmachung vom 31. Juli 1920 ausdrücklich darauf hingewiesen worden war, daß der Verkaufspreis der ausliegenden Waren anzugeben ist, haben eine große Anzahl Handelsgeschäfte diese Vorschrift nicht beachtet.
Die gesetzlichen Bestimmungen werden hiermit erneut bekannt gegeben, sie lauten:
Der Verkaufspreis ist an den in Schaufenstern, in Läden, Marktverkaufsständen, auf den Wagen oder Säcken der Straßenhändler oder in ähnlicher Weise ausliegenden Waren anzugeben, an der Ware selbst oder den Behältnissen, in denen sich die Waren befinden, anzukleben oder sonst zu befestigenden Tafeln anzugeben. Die Schrift auf den Tafeln muß mindestens 5 cm hoch und deutlich lesbar sein.
Wer den Vorschriften zuwiderhandelt, wird mit Gefängnisstrafe bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.
Der Kleinverkaufspreis für Eier beträgt ab 9. August 1920 1,20 Mk. ein Stück.
Hohenstein-Ernstthal, am 5. August 1920.

Die städtische Preisprüfungsstelle.
Zuteilung für Kinder bis 4 Jahre, jede Person 1 Bäckchen. Lebensmittelkarte C 1-400: Eier, Dresdner Eier, 401-610: Ränge, Jagdstr., 2001-2610: Konsum-Bereit. Es ist abzuschneiden Marke C von der roten und Marke O 14 von der grauen Karte.
Gondarke, 1/2 Pfd. = 2,85 Mk. 1-1350, 4001-4575: Schmidt, 1351-2600, 4576-4980, 6201-6210, 7001-7500: Meyer, 2601-3340, 4981-5600: Käfig, 3341-3700, 5601-5850: Korn.
Auslandsbutter, jede Person 50 g = 1,65 Mk. 1966-2600, 4576-4980, 6201 bis 6210, 7001-7500: Meyer, 2601-3340, 4981-5600: Käfig.
Landbutter, jede Person 50 g = 1,10 Mk. 3341-3700, 5601-5850: Korn, 1-500: Schmidt.

Waren-Verkauf. Freitag, den 6. August d. J. auf Lebensmittelkarte Nr. 8
40 g Käse für 72 Pfg. Auf die Runderkarte Nr. 8 wird 1/2 Pfd. Runderkarte für 1 Mk., 1/2 Pfd. Runderkarte für 55 Pfg., Runderkarte für 55 Pfg. - ist in den Geschäften von Lebensmittelkarte Nr. 8 für alle Einwohner zu haben. Runderkarte, 1 Pfd. 2,20 Mk., Erdbeeren, 1 Pfd. 2,60 Mk., Erdbeeren, 1 Pfd. 2,20 Mk., Erdbeeren, 1 Pfd. 3 Mk. - Kartoffelverkauf. Freitag, den 6. August d. J. erfolgt jede Person in den Ortsl. Nr. 41-120 vormittags von 8-11 Uhr gegen Vorlegung der Runderkarte 2 Pfd. Kartoffeln. 1 Pfd. kostet 45 Pfg.
Oberlungwitz, am 5. August 1920. Der Gemeindevorstand.

wart des preussischen Staatskommissars für Ernährung eine Besprechung mit den Ernährungsministern von Bayern, Württemberg und Hessen stattgefunden, die sich auf alle wichtigen Fragen auf dem Gebiete der Ernährung bezog. Die eingehende Verhandlung ergab den einheitlichen Willen, den Abbau der Zwangs- und Wirtschaft des Brotgetreides des herrschende Ueberanstrengung darüber, daß die städtische Bewirtschaftung und die städtische Bewirtschaftung durchgeführt werden müsse und daß hierbei keinerlei Vorkommnisse eintreten dürfen. Die baldigste Schaffung ausreichender Getreidereserven ist eine der wichtigsten Aufgaben. Auch bei Milch, Butter und Fleisch ist eine solche keine Vorkommnisse eintreten. Ueber die Bewirtschaftung und Freigabe der Kartoffeln soll ein Beschluß in der ersten Augusthälfte gefasst werden. Falls sich befriedigende Ernten erwarten lassen, wird die Freigabe als die zweckmäßigste Lösung bezeichnet. Die Freigabe der Kartoffeln soll im Herbst ihr Ende finden. Mit allem Nachdruck ist die Einfuhr und wenn möglich die Verbilligung von Futtermitteln zu betreiben. Die Einfuhr von Mais ist sofort freizugeben. Die Fleischarte soll sofort aufgehoben werden. Bei den Schlachtwiehpreisen wurde eine Ermäßigung von durchschnittlich 40 Mark für den Zentner Lebendgewicht unter Einführung einer neuen Klasse D für geringwertiges Vieh mit einem Preis für 180 Mark gefordert. Die Freigabe der Margarine wurde gutgeheißen. Die Bewirtschaftung des Inlandschmalzes soll mit der Freigabe des Fleisches aufgehoben. Die Zuderbewirtschaftung soll in ihren Grundzügen demnach erhalten, die Preise möglichst niedrig bemessen werden. Die Einfuhr von nichtbewirtschafteten Nahrungsmitteln, z. B. Salzheringen usw., wird möglichst sofort freigegeben. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird sich für Ernährung und Landwirtschaft durch die Einführung von weniger als 200 Millionen Zentnern Getreide, die Zwangs- und Wirtschaft für die Sozialdemokraten und Unabhängigen angenommen. Abgelehnt wurden die Anträge der Unabhängigen und Sozialdemokraten, die den Kartoffelpreis auf 15 resp. 20 Mark für den Zentner herabsetzen wollen.

Keine Preiserhöhung für Steinkohlen.
Die ursprüngliche Forderung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenbündnisses, die auf eine Erhöhung der Steinkohlenpreise um 25 Mark die Tonne hinausläuft, war, wie gemeldet, vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft abgelehnt. Auf hiergegen hatte das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine Kommission aus Abgeordneten, Arbeitnehmern und Verbrauchern, die dem Reichsministerium den Standpunkt der Arbeitgeberinteressen nochmals darlegte. In dieser Besprechung wurde, laut „Nordd. Allg. Ztg.“, eine weitere Erhöhung der Kohlenpreise abgelehnt.
Aufhebung der Zwangswirtschaft für Kartoffeln.
Der volkswirtschaftliche Auslassung des Reichstages vom letzten Zentrumsantrag ein Jimmigt an, wonach die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Kartoffeln in der Reichsreserve von 29 Millionen Zentnern gestattet werden soll. Ein gemeinsamer Antrag der Deutschen Volkspartei, der Demokraten, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Nationalen Volkspartei, die Zwangswirtschaft für Kartoffeln unverzüglich aufzuheben, wurde mit 16 gegen 12 Stimmen der Sozialdemokraten und Unabhängigen angenommen. Abgelehnt wurden die Anträge der Unabhängigen und Sozialdemokraten, die den Kartoffelpreis auf 15 resp. 20 Mark für den Zentner herabsetzen wollen.

Sabotierte Reichwehrgeschäfte.
Drei Geschäfte automobile neuester Bauart sollten am Dienstag nachmittag in den Stuttgarter Daimlerwerken verladen und der Reichswehr in Ulm zugeführt werden. Spätausschickliche Arbeiter luden die Geschützwagen wieder ab und zerstörten sie. Zwei Arbeiter zogen sich dabei erhebliche Verletzungen zu.
Weitere Betriebseinstellungen.
Aus Mannheim erfährt das „B. L.“, daß die Firma Lanz 650 Arbeitern und 150 Angestellten gefündigt hat, weil die Verhandlungen über den Wiederaufbau Nordfrankreichs ins Stocken geraten seien. - Bei der Firma Carl Jung in Jena seien ebenfalls Betriebseinstellungen im Gange.

Einschränkung von Licht als Folge von Spa.
Wie bereits gemeldet wurde, beabsichtigt die Regierung als Folge des Kohlenabkommens von Spa, den Lichtverbrauch für Vergnügungs- und Luxusstätten einzuschränken. Wie der „Local-Anz.“ dazu erfährt, ist vom Auswärtigen Amt bei den Besprechungen über diese Angelegenheit angeregt worden, die Polizeistunde allgemein herabzusetzen. Wenn diese Anregung sich auch noch nicht zu direkten Verhandlungen verdichtet hat, so wird doch von einschlägigen Stellen in aller nächster Zeit eine Verordnung über die Einschränkung von Licht geplant. Wie von zuständiger Stelle dazumitgeteilt wird, würde sich auch eine Verkürzung der Polizeistunde trotz der bestehenden Widerstände dagegen nicht vermeiden lassen. Es ließe sich bringen, daß nach

Beginnender Abbau der Löhne?
Der Ausstand der Handels- und Transportarbeiter in Kiel ist beendet. Die Arbeiter haben sich damit einverstanden erklärt, daß vom 25. August an ein Abbau der Löhne erfolgt, wie es die Arbeitgeber verlangen. Gleichzeitig sollen aber auch Verhandlungen beginnen, um einen Abbau der Preise einzuleiten.
Verlängerte Arbeitszeit in Frankreich.
Wie der „Baseler Anzeiger“ aus Paris meldet, haben die französischen Hauptindustrien die Verlängerung der täglichen Arbeitszeit um anderthalb Stunden ab 1. September angeordnet. Die Ausdehnung der Arbeitszeit ist die erste Folge des neuen Kohlenabkommens mit Deutschland, das einen maßvollen Ausbau der französischen Industrie ermöglichte.

Ueber die Unruhen in Zittau
Schreibt die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei:
Der von Unabhängigen und Spartakisten gegen den Willen der Mehrheit der Zittauer Arbeiterschaft leichtfertig und ohne jeden Grund vom Jaune gebrochene Putsch ist, wie vorauszu-sehen war, schnell zusammengebrochen. Die Streit- und Ausschreitungen sah bereits am Montag ihr freventliches Spiel verloren und deshalb telegraphierte der Unabhängige Grenzler an die Regierung, daß die „Forderungen“, die an sich ja schon unzulässig waren, noch „verschärft“ worden seien.
Die Regierung sah keinen Anlaß, den Bluff zu beachten oder gar zu beantworten. Sie konnte auch die telegraphischen Hilferufe von Vertretern der Bevölkerung und der Behörden unbeantwortet lassen, weil sie bereits in der Nacht zum Montag der Landesicherheitspolizei und der Reichswehr in vollem Einvernehmen mit den vermittelnden Instanzen den Auftrag gegeben hatte, den gesetzmäßigen Zustand ohne Blutvergießen wieder herbeizuführen und für Ruhe und Sicherheit, Schutz des Lebens und Eigentums der Bewohner zu sorgen. Die getroffenen Maßnahmen mußten daher mit größtmöglicher Raskität und ohne jede Beeinträchtigung durch Außenstehende durchgeführt werden.
Die Regierung hatte es, gerade um Blutvergießen und überhaupt einen Kampf zu verhüten, abgesehen, mit sofortiger Verfügung stehenden schwächeren Kräfte am Montag früh vorzugehen und statt dessen mit einer größeren Truppenmacht einzuziehen und damit die Gewähr für eine unblutige Regelung der Unruhen zu bieten. Mittwoch früh 4 Uhr sind nun Abteilungen der Reichswehr in Zittau eingerückt und haben, ohne daß irgend ein Widerstand versucht worden wäre, die Stadt und das Kraftwerk Hirschfelde besetzt. Organe der Landesicherheitspolizei haben auch die Territorien des Hirschfelders-Auslaufes, soweit sie nicht die Vorposten des Reichswehrbesatzes bilden, besetzt und ihre verratenen „Arbeitermassen“ feige im Stich gelassen hatten, hinter Schloß und Riegel gefesselt.
Die von den Terroristen und anderen Zentralkräften der Radikalen entsandten Kurvoren waren dort auf den Widerstand der Arbeiterschaft gestossen. Die einschüchternden Arbeiterkreisläufe langst, daß sich ökonomische Gesetze und wirtschaftliche Verhältnisse nicht durch sinnige Putsche ändern lassen, wissen, daß man die Lage der Arbeiterschaft nicht dadurch besser, daß man im äußersten Zipfel des Landes einer Land voll Unwissender und Leichtfertiger Gewalt überläßt, ohne daß diese Gewalt zu spielen. Diese Kurvoren haben deshalb weder die erbeuteten Waffen, noch die Zustimmung auf Ausdehnung der Unruhen erhalten. In Zittau und Umgegend aber hat die Arbeiter- und Bürgererschaft den ihnen durch die Terroristen zugefügten Schaden zu tragen. Er reichlich ist nur, daß sie zugleich erkennen, daß die Regierung die Möglichkeit und die Macht hat, der verbrecherischen Gewalt einer Minorität jederzeit entgegenzutreten.
Mit der Wiederherstellung der gesetzmäßigen Zustände ist das Ziel der Regierung erreicht. Soweit der Zivilkommissar Anlauf zum Verhalten vorfinden sollte, wird er verhandeln, jedoch nur mit den zuständigen Behörden und den legitimen Organisationsstellen der Arbeiterschaft. Die Aufhebung des Belagerungszustandes und des Ausbaus zum Mindesten für den Bezirk Lobau, dessen Bevölkerung sich durch die Terroristen trotz deren Bemühungen nicht hat aus der Ruhe bringen lassen, ist nur noch eine Frage der nächsten Stunden.
Der Bevölkerung von Zittau und der Oberlausitz aber, soweit sie sich von dem feindseligen und wirtschaftlichen Treiben der unabhängigen- kommunistischen Schädlinge ferngehalten und sich die gegenseitig einigungsvertraut hat, gebührt der Dank der Regierung und des ganzen Landes.

Das Ergebnis der Urabstimmung.
Bei der Urabstimmung über den Generalstreik in den Betrieben von Zittau und Umgegend wurden abgegeben 15 938 Stimmen gegen und 13 008 Stimmen für den Streik. Davon entfielen in der Stadt Zittau 4997 gegen und 5595 für den Streik. In Zittau-Land sind 9641 gegen und 1100 für den Streik. Da die vom Vorkommnissen geforderte Zwischenschlichtung nicht erreicht wird, wird noch verhandelt, ob am Donnerstag die Arbeit aufgenommen werden soll. In den Verhandlungen sollten folgende Forderungen gestellt werden: 1. Alle Verhafteten freizulassen; 2. die Reichswehr von Zittau abzuleben; 3. die Sicherkeitswehr in die Kasernen zurückzuführen; 4. den Belagerungszustand aufzuheben. Sollte keine Einigung erzielt werden, so will man den Generalstreik fortsetzen.

Einmarsch der Reichswehr in Zittau.
Mittwoch früh 4 Uhr rücken, wie schon oben erwähnt, Truppen der Reichswehr und eine Abteilung der Landesicherheitspolizei unter Führung des Obersten von dem Busche, Kommandeur der ersten Gruppe der Landesicherheitspolizei, in Zittau ein. Zu irgendwelchen Eingriffen mit der Waffe kam es infolge der ruhigen Verhaltens der Bevölkerung nicht. Einige der Reichswehrführer wurden von der Landesicherheitspolizei verhaftet.

Sächsische politische Mitteilungen.
Sachsens unerträgliche Erwerbslosenlast.
In der Zeit vom 15. Juni bis 15. Juli des Jrs. hat sich allein in Sachsen die Zahl der Erwerbslosen um nahezu 25 000 und zwar von 75 281 auf 100 745 gehöhert. Der Anteil Sachsen an der Erwerbslosenzahl Deutschlands belief sich auf 28,2 Proz. Die Zahl der Zuschlagsberechtigten, das sind Familienangehörige und Unterstützungsberechtigte von Erwerbslosen, betrug in Sachsen 90 507, im Reich 328 937, also in Sachsen 27,6 Prozent. Zu den Kosten der Erwerbslosenfürsorge in Deutschland trägt Sachsen allein 29,6 Prozent bei. In der Zeit vom 1. bis 15. Juni betrug die Ausgabe in Sachsen 9 728 219 Mark gegenüber 3 731 882 Mark im Reich. Diese Zahlen beweisen mit erschreckender Deutlichkeit, wie unerträglich ein Ausgleich der Erwerbslosenkassen innerlich der Einzelstaaten des deutschen Reiches ist. Man kann unmöglich dem verarmten sächsischen Staat zumuten, daß er in solcher Höhe und mit solch großem Anteil zur Tragung von Lasten herangezogen wird, die in Wirklichkeit allgemeine deutsche Lasten sind.

Unerwünschte Aufklärung.
Angeht die Reichsregierung, die die Erhöhung des Brotpreises in der Bevölkerung hervorgerufen hat, und weil sich diese Erregung wiederum in der Hauptstadt gegen die Landwirte richtete, hat der Verband sächsischer Landwirte eine Eingabe an das sächsische Wirtschaftsministerium gerichtet, die Regierung solle in geeigneter Weise dafür sorgen, daß die Bevölkerung objektiv darüber aufgeklärt werde, worauf eigentlich die Verteuerung des Brotes zurückzuführen sei, oder sie solle insbesondere durch öffentliche Bekanntmachungen in den Zeitungen oder durch Anschlag bekannt geben, was von dem Brotpreise von 4,70 Mark der Landwirt, der Müller, der Bäcker und die Verkäufer erhalten.
Darauf ist dem Verband sächsischer Landwirte von der Regierung folgende Antwort zugegangen:
„Das Wirtschaftsministerium verkennt nicht die guten Absichten, die der Verband mit seiner Anregung, Aufklärung über die Brotpreise zu schaffen, verfolgt, muß sich aber vorbehalten, nach wie vor, zu gegebener Zeit in ihm geeignet erscheinender Weise diese Aufklärung zu geben.“
Diese Antwort der Regierung ist verwunderlich. Wenn man freilich erfährt, daß die Reichsminister der Reichsgetreidestelle allein, außer ihrem hohen Gehalt 60 Mark Reisekosten pro Tag erhalten und zwar auch dann, wenn sie nicht zu übernachten brauchen, und wenn man sich die Zahl dieser Rekruten vergegenwärtigt, dann kann man sich ein Bild machen, wie hoch der Anteil der Kosten für die Verwaltungsstellen am endgültigen Brotpreise sein muß. Da die Regierung ihrerseits die vom Verband sächsischer Landwirte gewünschte Aufklärung nicht geben will, wird dies in den nächsten Tagen der Verband sächsischer Landwirte in der ihm geeignet erscheinenden Weise tun.

Sächsisches.
Hohenstein-Ernstthal, 5. Aug. 1920.
Beitrag zur Lage für morgen:
Wärme, vorwiegend heiter, meist trocken, Gewitterausgang.
Temperatur am 4. August:
Minimum +14,5, 12 Uhr +22,5, Maximum: +23,1.
- Nachdem Herr Fabritant Emil Schulze seine Bezüge als Vorsteher der Pfleger des Krankefusses für das Jahr 1919 (= 300 Mk.) und bis auf weiteres dem sächsischen Arbeiterlosgesetz für 1920 (= 200 Mk.) als Gehalt des am 31. Juli im „Hohenhaus“ verankerten Wohlfühlvereinsbesitzers des Kongresshaus Hohenstein-Ernstthal, durch den Dirigenten, Herrn Max Dähne, übergeben worden. Der Ausschuss nimmt Gelegenheit, den Schenkeherren herzlich zu danken und teilt mit, daß er weitere Unterstützungen durch seinen Vorsitzenden Herrn F. H. Hertzsch, Schubertstraße 32, seinen Schatzmeister Herrn D. Th. Albrecht, Barrack St. Christophort, und in der Geschäftsstelle, Reinhardhaus, Altmarkt 30, Zimmer 7, durch den Geschäftsführer gern entgegennimmt.
- Wegen alsbaldige: Eröffnung der Autolinte Richtenstein-Gallenberg-Hohenstein-Ernstthal und weiter sowohl über Reichendach-Gallenberg als auch durch Langenberg-Gallenberg nach Waldenburg, mit späterer Fortsetzung nach Altenburg, wird, wie wir hören, am nächsten Dienstag, den 10. d., nachmittags 4 Uhr im Gasthof „zur Rake“ eine Versammlung der beteiligten Städte und Gemeinden abgehalten, in der über einen Verteilungsschlüssel der Kosten für Beschaffung von Wagenunterständen in den drei Städten beraten werden soll.
- Sonntag, den 8. August, veranstaltet der Gruppe vom Gau Grotzsch des deutlichen Arbeiter-Sängerbundes, dem die Arbeitergesangsvereine der Orte Hohenstein-Ernstthal,

Dr. Oetters Hofglatz
gibt



Nigrin

Glänzt in einer Sekunde, da wieder
reine Serpentinölware wie vor dem
Kriege.

Seitensware ist mit Dandrol versehen.

**Leder-, Haar- und
treibenden, Baumwoll-
binder, Band-, Cordel- und
Fähriemen,
Poliermaschinen,
Autoöl, Maschinöl
Industrie und Landwirtschaft,
Stoffbüchsen-Padung,
Lack, Klünger, Gummi,
Dampf- und Gummischläuche,
Sindfaden und Feilerwaren,
Fabrikbedarfsartikel.**

F. Louis Roth,
Fahrradstraße 54.
Fernruf 396.

Reib - So
vortreffliches Mittel zum Reinigen
und Aufputzen von Tapeten,
Zimmerdecken, gefächelten Wänden
u. s. w.
Zu haben bei:
**Oscar Fichtner,
Drogerie.**

Haartränkchen!
Ausfall - Schuppen
Nervöse Kopfschmerzen
beseitigt das von vielen
Spezialärzten empfohlene
**Dr. med. Zeele
Amitahaarwasser**
(gef. gesch. d. A. W.)
55% Alkohol
Flasche 15.- Mk.
Zu beziehen durch jede
bessere Drogeriehandlung
oder vom Fabrikanten,
**Georg Zimmermann,
Spreiberg-E.
Fabrik med. cosmet.
Erzeugnisse.**

Zur Nacheichung

empfehle zu billigen Preisen:
Bräutewagen, Tafelwagen, Topfwagen, Laufgewichts-
wagen, Schwinge, Butterwagen und Rufe, alles vor-
schrittsmäßig gerichtet, in großer Auswahl
Paul Scheer, Eisenhandlung.
Das Nacheichen und Reparieren von Wagen
wird schnell und billigst besorgt.

Linders Kaufmännische Fachschule
Fernruf 6963 Chemnitz Brüderstraße 19
nimmt Anmeldungen für die Riste August 1920 be-
ginnenden neuen **HANDELS-KURSE** zur Vor-
bildung von **Damen und Herren** für den Kauf-
männischen Beruf jederzeit entgegen. — Die Buch-
halter Kurse in den Abendstunden geben solchen Herren,
die sich zu gehobenen Stellungen emporarbeiten wollen,
höheres kaufmännisches Wissen in allen Fächern, besonders
aber **Silanz Sicherheit**, deshalb beste Gelegenheit zur
Ausbildung zum **Betriebsrat u. Buchhalter** u. s. w.
Weit. Ausf. u. Anhaltensnachrichten frei durch die Direktion.
Auswärts fahren auf Schülerkarte.

**200 Zentner
Haferflocken**
eingetroffen, beste Qualität, ohne
Hüllen,
Pfd. nur Mk. 2 10,
solange Vorrat.

**Paul Pitschel,
Eugau, Grenze Gerzdorf.**
Achtung! Achtung!
Morgen Freitag
von früh 8 Uhr an auf
dem Güterbahnhof Hohenstein-E.
**Naumburger Schäl- u.
Einlegegurten,
Schälgurten, 8 Stück 3 Mk.,
Einlegegurten,
Schok von 10 Mk. an,**

Jagd-Patronen
rauchlos St. N. 2.10
schwarzpulv. „ 1.60
Jagdpulver, Schießpulver,
Jagdschrot kg. N. 16. —
Bleigeschosse,
Zündhütchen, Luftgewehr-
fugeln und Bolzen, Knall-
Lorke, Knallkorkpistolen,
Luftgewehre, Beschlags-
empfehlte zu billigen Preisen
**Paul Scheer,
Carl Bomper Nachf.,
Eisenhandlung.**

Schuhwaren
Alle Sorten
wie **Halbschuhe** in braun und
schwarz, **Damen- u. Herren-
Schuhstücke** in braun und
schwarz, sowie weiße **Leinen-
Halbschuhe, Han- u. Span-
genstücke** verkauft zu ganz
besonders niedrigen Preisen
**Paul Berger,
Schubertstr. 1.**

Solide Möbel!
Kompl. Wohnungs-
einrichtungen, alle Arten ein-
zigartige u. **Pietismöbel,
Ziermöbel, Kleidermöbel,
Küchenschrank**
über 50 Zimmer
stets fertig zur Wahl
**Eigene Tischler, Polster-
Decorations-, Mal- und
Kleberwerkstätten.**
Verkauf: Wegen bare Kasse,
auf Wunsch
Zahlungserleichterungen
bei strengster Verschwiegenheit
**Möbel-Ausstattungs-Haus
Max Lademann,
Delsnis, Inn. Stollb. Str. 5
Straßenbahn-Haltestelle.**

2 junge Ziegen
1/2 Jahr alt, ein **Schaf-Ramm**
zu verkaufen **Max Wolf,
Gerzdorf 1 55 c.**

2 Schafböcke
zu verkaufen **Hans Otto,
Hüttengrund 34.**

Zu verkaufen
ein **Alteisenschrank,
ein Spiegel, ein groß Bild,
versch. kleine Bilder,
versch. Frauenkleidung,
eine weiße Quisfeder,
ein Paar neue **Haarbürste
(Gr. 40), ein **Panzer-Brett,
Schmuckfächer u. versch. mehr.**
Zu erfahren in der Geschäfts-
stelle d. Bl.****



Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen
u. Warzen beseitigt
schnell, sicher u. schmerzlos
Kukirol
100 000 fach bewährt
Preis M. 2.50.
Diogenes Fichtner.

**Kaufmännischer
Berein,**
Hohenstein-Ernstthal

Freitag, den 6. August
Wanderversammlung
(Mineralbad.)
Treffen pünktlich 8 Uhr Ecke
Badstraße. **Der Vorstand.**

**Turnverein
von 1856.**
Hohenstein-Er.
Alle Turner, Jugendturner,
Turnerinnen und Kinder wollen
sich morgen Freitag 1/8 Uhr
abends zur **Hauptprobe** für
das **Schauturnen** pünktlich
einfinden. **Der Turnrat.**
Linke

**Gasthof Stadt Chemnitz.
Ritschers Theater.**
Freitag, den 6. August abends
8 Uhr: **Der Silberherr von
Annaberg** ob. **„Der Reich-
tum zum Bettelstab.“**
Hierauf persönlich:
„Die Schlämmerrolle.“
Um gültigen Besuch bittet **R. Ritscher.**

Neue getrocknete
Steinpilze
Sardellen u. **Seringpaste**
empfiehlt
**Nordd. Fischhalle,
Lungwitzer Straße.**

Empfehle
Schweineschmalz
beste Qualität, Pfd. 18 50
bei größeren Posten billiger,
hochfeine

Margarine
Pfd. 11.50.
Seidel, Weintellerstr.

Zur Einmachezeit!

Kieffer

**Einkoch-Apparate
Einlege-
Gläser**
in allen Größen

Obstdarrborden
Mk. 3.50

Einlegglasöffner
Mk. 3.50

**Thermometer
Gummiringe**
alle Größen

Gaskocher
Mk. 20.—, 25.—, 27.—

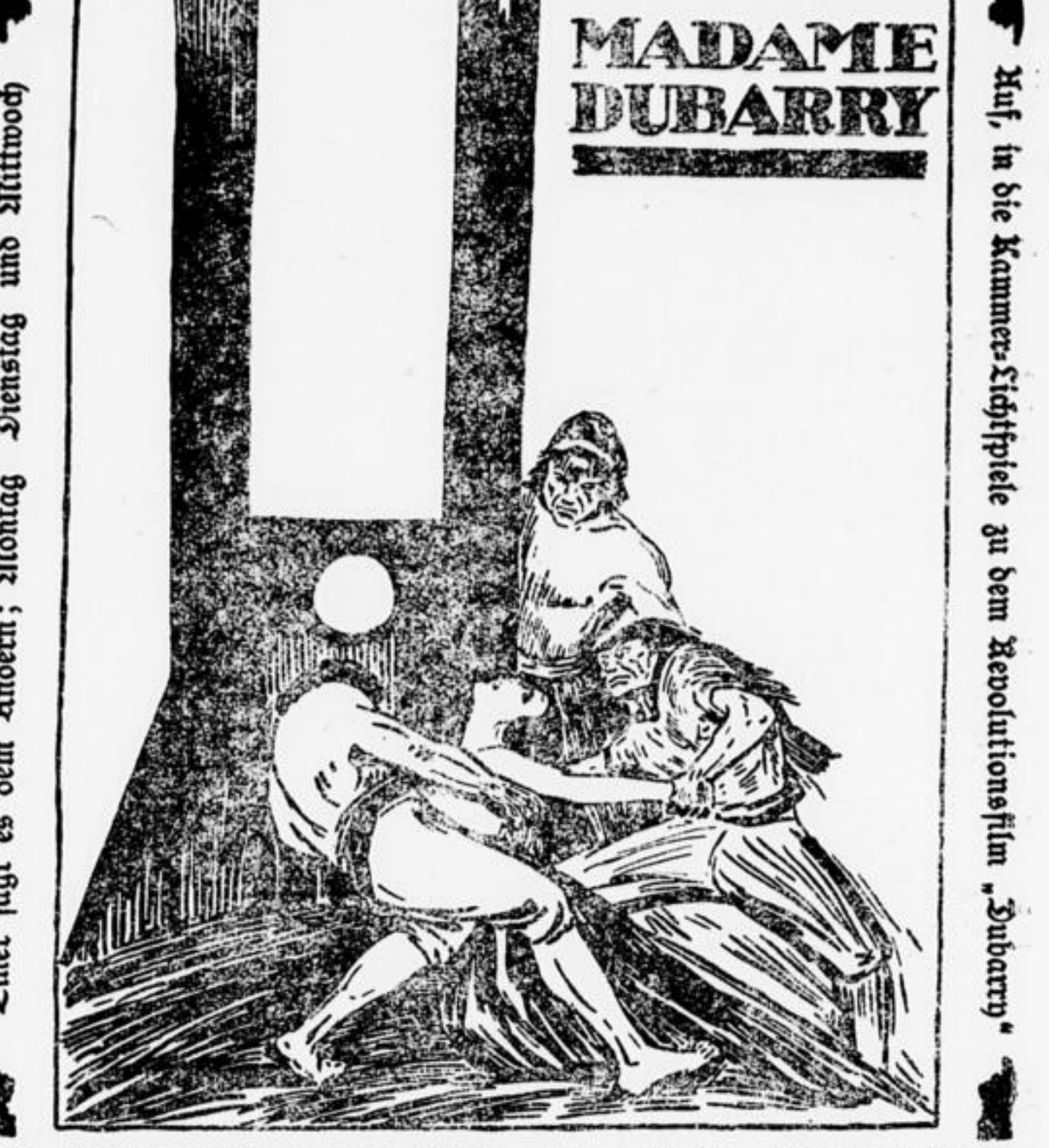
**Gummimuffen, Gasanzünder
Gasschläuche**
empfiehlt zu billigsten Preisen

**Paul Scheer,
Eisenhandlung.**

**Verkaufe ein
Voll Bienen**
sehr stark, mit Beute, weggangs-
halber. **Kaufe** eine taublos
erhaltene **Doppelstinte**, Kal.
16, am liebsten **Selbstspanner.**
**Metzler,
Lehrgut Gerzdorf.**
Kelterer Herr, 42 J., sucht die
Bekanntschafft
eine sol. Dame oder Witwe ohne
Anhang, zwecks späterer Heirat.
Diskretion Ehrensache.
Ang. unter **E. 4767** in die
Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Kammer - Licht - Spiele

Freitag und Sonnabend — Schlager auf Schlager.
Eva May
4 in den wunderbaren Liebes- u. Gesellschaftsdrama 4
Akte **Schloss Einöde.** Akte
Erschütternde zu Herzen gehende Handlung.
3 Der verrutschte Poseidon 3
Akte Herrliches tolles Lustspiel. Akte
Detektiv Fantomas
5 in dem geheimnisvollen Detektiv-Abenteuer 5
Akte **Die Dame im Auto** Akte
Diese 3 Schlager dürfen Sie auf keinen Fall verpassen.
Ab Montag der Millionen- u. Prunkfilm mit Pola Negri



**MADAME
DUBARRY**
Prinzen spielen es vom Dach, alles will die „Dubarry“ sehen.
Die Spähen in 9 Akten. Spielbauer Jerka 3 Stunden

Wilhelm Lässig Fernruf
1878 Nr. 373.
Buttergroßhandlung
Hohenstein-Ernstthal, Neumarkt 7
empfiehlt ff. **Deutsche Margarine**, Pfd. 11.50.
Wiederverkäufer Pfd. Mk. 10.25
prima **Rinderfett**, Pfd. Mk. 16.—,
feinstes **Cocosfett**, Pfd. Mk. 16.—.

Otto Forbrig
Dampfdestillation zum Lampertus
Weingrosshandlung
empfiehlt
Prima Nordhäuser Branntwein
Feinsten Cognac-Weinbrand
Cognac-Weinbrand-Verschnitt
Rotweine, Weissweine, Malaga
Echt Schweizer Obstwein
Fernruf 367.

Allen lieben Freunden und Bekannten die traurige
Nachricht, daß Dienstag abend infolge Schlaganfalles meine
liebe Frau, unsere gute Mutter
Milda Hofmann geb. Ahnert
sanft verschieden ist.
Dies zeigt schmerz erfüllt an
Paul Hofmann u. Kinder.
Hohenstein-Ernstthal, den 5. August 1920.
Die Beerdigung unserer lieben Verstorbenen findet
Freitag nachmittag 3 Uhr von der Halle aus statt.